



Pressemitteilung GP Pfäffikon vom 19.4.2009

Die Schulpflege Pfäffikon und ihr Rekurs

Die Grüne Partei hat die Schulpflege Pfäffikon im März 2009 gebeten, den Rekurs der ehemaligen Schulpflege vom 14. Januar 2008 gegen den Bezirksratsentscheid vom 12. Dezember 2007 zurückzuziehen.

Zur Geschichte: Die Schulpflegerin Daniela Hänni hat im Frühjahr 2007 Beschwerde eingereicht wegen der Amtsführung und wegen Mobbing der ehemaligen Schulpflege und hat vom Bezirksrat weitgehend Recht erhalten. Die ehemalige Schulpflege anerkannte den Entscheid des Bezirksrats mehrheitlich nicht und rekurrierte. Sie gelangte an den Regierungsrat und liess sich auf Kosten der Steuerzahler durch einen Anwalt vertreten. Wie viel Geld hat der Anwalt wohl gekostet? Vertritt der Anwalt weiterhin die ehemaligen Schulpfleger auf Kosten der Steuerzahler?

Der Rekurs der ehemaligen Schulpflege ist seit Januar 2008 hängig. Der Regierungsrat scheint sich mit dem Entscheid schwer zu tun: Im Sommer 2008 durften die Parteien mit einem Entscheid rechnen. Seither sind aber bereits die Ersatzwahlen in die Schulpflege vom September 2008 und die Ersatzwahlen in den Gemeinderat vom Februar 2009 erfolgt. Der Entscheid des Regierungsrats lässt weiter auf sich warten. Gemäss Auskunft der Staatskanzlei sowie der Direktion der Justiz und des Innern liegt der Rekurs zur Vorbereitung bei der Bildungsdirektion. Eine Erklärung dafür scheint niemand zu haben, wäre doch klar die Justizdirektion zuständig. Warum also liegt das Geschäft bei der Bildungsdirektion und nicht bei der sachlich zuständigen Stelle? Weshalb dauert das Rechtsmittelverfahren derart lange? Da der Regierungsrat als Rechtsmittelbehörde entscheiden muss, darf davon ausgegangen werden, dass er neutral und objektiv entscheiden wird und dass die politischen Wahlen nicht absichtlich abgewartet worden sind.

Aufgrund des Bezirksratsentscheids hat der Gemeinderat eine ausserordentliche Revision durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich durchführen lassen. In der Folge hat die Rechnungsprüfungskommission (RPK) die ehemalige Schulpflege gebeten, Rückzahlungen zu tätigen. Nachdem ein Teil der Gelder zurückbezahlt worden ist, hat die RPK im Dezember 2008 einen Schlussstrich unter die Sache gezogen.

Die Grüne Partei ist ebenfalls der Ansicht, dass endlich ein Schlussstrich gezogen werden sollte. Das Rekursverfahren hat eine nicht erwünschte politische Dimension angenommen auf Kosten des Dorffriedens, des Steuerzahlers und vor allem der Schule. Die Grünen sind der Ansicht, dass dies nicht länger sein darf. Die Grüne Partei beantragte deshalb der neuen Schulpflege, den von der ehemaligen Schulpflege vor 15 Monaten eingereichte Rekurs zurückzuziehen. Die neue Schulpflege scheint gut gestartet zu sein und ist in neuer Zusammensetzung von den

Vorwürfen betreffend Amtsführung und Mobbing mehrheitlich nicht persönlich betroffen. Es gibt deshalb keinen Grund, weshalb die neue Schulpflege weiter streiten sollte. Zieht die neue Schulpflege den Rekurs der ehemaligen Schulpflege nicht zurück, wird der Rekurs aber zu ihrem persönlichen Geschäft. Es würden weiterhin Steuergelder verschleudert. Ein Rückzug hingegen hiesse, dass die neue Schulpflege, wie die RPK, gewillt ist, einen Schlussstrich zu ziehen und sich ausschliesslich dem Sachgeschäft zu widmen. Weshalb also weiter streiten? Auf den Entscheid der neuen Schulpflege warten die Grünen gespannt.